

An die
Fraktionen des Gemeinderats Villingen-Schwenningen

Villingen-Schwenningen, 09. Mai 2025

Sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderats,

am 28. April hat die lokale CDU einen Antrag eingereicht, mit der sie wieder einmal zeigt, dass sie weder Wert auf Maßnahmen des Klimaschutzes und der Humanität legt noch Probleme damit hat, Inhalte rechtsextremer Parteien zu übernehmen und mit diesen zusammen umzusetzen.

Als erster Punkt wird in dem Antrag gefordert, die Mitgliedschaft in der Initiative "Seebrücke - schafft sichere Häfen" aufzulösen. Begründet wird dies damit, "[...] dass am Ende, unabhängig von politischen und ideologischen Betrachtungsweisen, die Mitgliedschaft keine Wirkung entfalte". So weit ist das erstmal eine Analyse, die durchaus zutrifft. Leider haben Sie als Gemeinderatsfraktionen nach der Bekennung zum Sicheren Hafen diesem Titel kaum Maßnahmen folgen lassen, die dafür gesorgt hätten, dass in Villingen-Schwenningen tatsächlich mehr Menschen Schutz finden können. Anstatt aus dem Bündnis auszutreten, wäre aber genau das jetzt angebracht! Wir erleben ein Erstarken rechter Positionen und eine immer menschenfeindlichere Stimmung in Migrationsdebatten, gerade auch in Parteien wie der CDU. Eine populistische Parole folgt der nächsten, oft nicht mehr zu unterscheiden von denen der rechtsextremen AfD. Gerade jetzt, in dieser Zeit der Abschottung und Unmenschlichkeit, wäre es ein starkes Zeichen für Demokratie, Menschlichkeit, Miteinander, wenn Sie sich als Gemeinderatsfraktionen für einen wirklich Sicheren Hafen in Villingen-Schwenningen starkmachen würden, wenn Sie dafür sorgen würden, dass so viele Menschen wie möglich und nötig hier Schutz finden können!

Darüber hinaus fordert die CDU, das verpflichtende Kreuzchen zu Klimaauswirkungen in Beschlussvorlagen abzuschaffen. Man bekenne sich zwar zum Klimanotstand, wolle aber Diskussionen vermeiden. Wir fordern im Gegenteil eine konsequentere Prüfung der Klimaauswirkungen, gerade auch bei Maßnahmen deren Auswirkungen nicht offensichtlich sind. Bei genauem Hinsehen zieht annähernd jeder Beschluss Klimaauswirkungen nach sich. Wir fordern Sie daher dazu auf, nicht weniger, sondern vermehrt Diskussionen zu führen und "versteckte" Auswirkungen zu erkennen und zu berücksichtigen! Die Bekämpfung des menschengemachten Klimawandels muss oberste Priorität aller Entscheidungen sein!

In diesem Sinne wurde auch die verpflichtende Festlegung des KfW-40-Standards verabschiedet, die jetzt von der CDU in Frage gestellt wird. Dabei wird auf die Wirtschaftlichkeit einzelner Bauvorhaben verwiesen. Durch die geringeren Energiekosten



amortisieren sich diese Mehrkosten, die beim Bau entstehen. Der Standard trägt zu einer erheblichen Verringerung des Energieverbrauchs bei, was alleine durch geringere laufende Kosten, Grund genug ist, an diesem Standard flächendeckend festzuhalten! So amortisieren sich die beim Bau entstandenen Mehrkosten. Tiefergehende Nachhaltigkeits- und Klimaschutzvorteile machen diesen Standard umso notwendiger.

Weiter geht der Antrag mit der Forderung, den Anteil geförderten Wohnraums bei Wohnungsbau in Konzeptvergaben zu reduzieren. Auch dieser Punkt muss klar zurückgewiesen werden. Konzeptvergaben bieten die Möglichkeit, qualitative, hochwertige, nachhaltigere und diversere Immobilien zu schaffen. Sie bieten einer Stadt das Potential sich im Sinne der Bürger:innen zu entwickeln und nicht den Ideen der meistbietenden Investor:innen unterworfen zu sein. Wohnen ist ein Grundrecht und muss das auch bleiben. Dafür braucht es aber mehr geförderten Wohnraum und auf keinen Fall weniger! Es kann nicht sein, dass durch steigende Mietkosten Wohnen mehr und mehr zum Luxusgut wird!

Neben all diesen inhaltlichen Punkten kritisieren wir auch scharf, dass die CDU offenbar keine Scheu mehr hat, AfD-Inhalte zu kopieren! Diese Normalisierung einer rechtsextremen Partei ist nicht nur für die CDU selbst schädlich, sondern vor allem ein Tabubruch in unserer demokratischen Gesellschaft! Die populistischen Forderungen der AfD unter CDU-Label umzusetzen, hilft am Ende nur der extremen Rechten.

Auch mit ihrem Abstimmungsverhalten in der Gemeinderatssitzung diese Woche hat die CDU gezeigt, dass sie nicht nur Inhalte der AfD übernimmt, sondern auch nicht davor zurückschreckt, diese gemeinsam mit ihr umzusetzen und AfD-Anträgen zuzustimmen. Glücklicherweise hat dies noch nicht für eine Mehrheit gereicht, doch ist die Bereitschaft, gemeinsam mit einer verfassungsfeindlichen Partei Beschlüsse zu treffen, mehr als nur problematisch. Wir erinnern uns dieser Tage an die Befreiung Nazideutschlands durch die Alliierten vor 80 Jahren. Gerade in diesem Kontext ist es umso wichtiger geschlossen gegen rechtsextreme Strömungen zu stehen und demokratische Mehrheiten für Themen zu finden. "Nie wieder" darf keine leere Phrase sein! "Nie wieder" muss bei jeder Abstimmung auf jeder politischen Ebene wieder neu gefestigt werden.

Wenn das Verhalten der CDU also irgendetwas abbaut, dann ist das nicht Bürokratie, sondern Demokratie!

Seebrücke Villingen-Schwenningen

VS ist bunt

Fridays for Future Villingen-Schwenningen

Extinction Rebellion Villingen-Schwenningen

